



Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der Medien und vor allem der Bürgerschaft,

die diesjährige Haushaltsdebatte im Stadtrat hat - wenn sie überhaupt noch als solche bezeichnet werden kann - außergewöhnliche Rahmenbedingungen. Auf Vorschlag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Korpus sollte heute überhaupt keine Debatte stattfinden, sondern nach Möglichkeit eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen abgegeben und veröffentlicht werden. Beinhaltet sollte „diese Erklärung zum einen unsere mangelhafte Finanzausstattung und zum anderen eine sehr positive Außendarstellung unserer Stadt mit all ihren Facetten“. Zur weiteren Begründung führte er aus, dass nach seiner Auffassung Haushaltsdebatten „immer mehr zur Farce werden“ und an „Spiegelfechtereien“ erinnern würden.“ Vorweg möchte ich betonen, dass die LUB keineswegs grundsätzlich gegen Resolutionen im Stadtrat ist. Wir haben solche, z. B. zu den Themen Ablehnung der Privatisierung der Wasserversorgung oder der unzureichenden ärztlichen Versorgung in unserem Landkreis, gemeinsam mit allen anderen Fraktionen des Rates unterstützt. Aber was, Herr Kollege Korpus, soll eine solche Resolution als Ersatz für eine Haushaltsdebatte - der „Königsdisciplin“ in jedem Parlament? Wollen Sie die Bürger/innen wie bei der im Jahr 2013 erfolgreichen „asymmetrischen Wahlkampfstrategie“ ihrer Partei vor der Bundestagswahl nur „einlullen“, um eine ausführliche Diskussion über die wirklichen Probleme dieser Stadt zu vermeiden? Oder wollen Sie sich, Ihrer Fraktion oder gar dem Stadtrat insgesamt ganz einfach die Debatte über die Finanzen einer Stadt ersparen, die, wie aus den vorliegenden Zahlen des Haushaltsplanes (s. S. 43) eindeutig hervorgeht, keinen Cent Eigenkapital mehr hat und damit endgültig pleite ist?

Bezogen auf Bund und Land begründen Sie Ihren Vorschlag mit den Worten „wir finden kein Gehör und „(hätten) nicht den Hauch von Einflussnahme.“ Gleichzeitig sind Sie „davon überzeugt, dass der Rat damit ein Zeichen setzen würde.“

Was soll das denn für ein Zeichen sein, nachdem Sie und Ihre Fraktion in der Vergangenheit jeden einzelnen Haushalt ohne große Kritik oder Änderungswünsche „ab genickt“, ohne Diskussion einzelner Haushaltspositionen und ohne unsere Vorschläge auch nur einer ersten Prüfung zu unterziehen? Was wäre es für ein richtiges Ausrufezeichen



gewesen, wenn der gesamte Stadtrat, den vorgelegten Haushalt einmal komplett abgelehnt hätte. Und dann in der Folge gemeinsam erklärt hätte, dass man weder das „Konnexitätsprinzip“ weiter mitspielt, noch die ständigen finanziellen Mehrbelastungen durch Vorgaben von Land und Bund weiter zu tragen bereit ist. Mit ihrer lethargischen Haltung der letzten Jahre, die sich auch in Kleinigkeiten wie dem vorzeitigem Verlassen von Sitzungen der Gremien oder dem Verlangen nach deren frühzeitigem Ende oder gar der Vertagung bzw. Absetzung von Ausschusssitzungen dokumentiert, haben Sie als „Regierungspartei“, die derzeit auch den Oberbürgermeister stellt, sehr viel zu der gegenwärtigen Finanzsituation beigetragen. Mit ihrem ständigen Dank an die Verwaltung für deren gute Arbeit, die eigentlich von der Bürgerschaft erwartet werden darf, Ihrer Mitwirkung an der Zementierung der bestehenden Verhältnisse und Ihrem konsequenten Spar- und Gestaltungsunwillen haben Sie persönlich, aber auch Ihre Fraktion, sehr viel zu der gegenwärtigen Misere in allen Bereichen der Stadt beigetragen. Damit will ich keineswegs die andere „Regierungspartei“, die auch im Stadtvorstand vertreten ist, von unserer Kernkritik an diesen Verhältnissen ausnehmen.

Mit Ihrem Vorschlag dokumentieren Sie nicht nur Ihre Resignation, sondern auch Ihre Ohnmacht gegenüber dem politischen Geschehen. Sie liegen wie ein Maikäfer auf dem Rücken und strampeln mit den Beinen und hoffen darauf, dass irgendeine Macht von „oben“ - was eigentlich zu Ihrem christlichen Weltbild passt – Sie wieder auf die Füße stellt, damit Sie wieder weiter laufen können. Eigentlich haben Sie - jetzt wird`s militärisch – schon vor der entscheidenden Schlacht kapituliert.

Und als Alt- 68´er kann ich Ihnen nur zurufen: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt oder in einer anderen Version: Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren.

In unserer Antwort an Sie haben wir darauf hingewiesen, dass wir die Begriffe „Farce“ und „Spiegelfechtereien“ niemals in Verbindung mit politischen Aussagen einzelner Fraktionen im Stadtrat gebracht haben. Ganz im Gegenteil: Wir haben diese Aussagen im Rahmen der Haushaltsdebatten immer als wesentliches Element demokratischer Kultur in unserem Parlament angesehen. An dieser Haltung wird sich für uns auch zukünftig nichts ändern. Wir freuen uns sehr darüber, dass wir mit dieser Haltung nicht allein sind.



Die LUB-Stadtratsfraktion hat in ihren Haushaltsreden immer konkrete Vorschläge zu kommunalen Themen unterbreitet und - in der Rückschau betrachtet - hat sich kaum jemand in diesem Rat ernsthaft damit beschäftigt. So haben wir - seit der Plan eines Kombibades im Kammerwoog von der „großen Koalition“ mit letztlich fadenscheinigen Argumenten vom Tisch gewischt wurde - sofort für die Sanierung des bestehenden Hallenbades plädiert. Sie haben in der Folge über viele Jahre - unter Verschwendung von rund einer Million Planungskosten - den von vorneherein utopischen, von der Bevölkerung mehrheitlich nicht unterstützten Plan eines Kombibades im Gewerbepark Nahbollenbach verfolgt und am Ende aufgrund der katastrophalen Finanzlage der Stadt aufgeben müssen. Mit den lapidaren Worten, „das der heutige Tag das Ende einer sehr langen Bäderdiskussion markiert“, hat der Oberbürgermeister das sanierte Hallenbad eröffnet, ohne auch nur ein einziges Wort des Bedauerns über die verlorene Zeit und vor allem das verlorene Geld zu verlieren. Auch in der Sonderveröffentlichung zur „Wiederöffnung des Städtischen Hallenbades“ findet sich kein Wort der Selbstkritik. Das im Jahr 2009 mit Unterstützung von FDP, den Grünen, der Linken und der LUB durchgeführte Bürgerbegehren zur Schwimmbadsituation der Stadt, an dem sich mehr Bürger/innen als bei der OB-Wahl zuvor beteiligten, wird mit keinem Wort darin erwähnt. „Geschichtsklitterung“ nennt so etwas der Historiker, aber das hat ja in Idar-Oberstein schon lange Tradition. Oder ein anderes, noch aktuelleres Beispiel: Als die LUB - damals als erste und einzige Fraktion in diesem Rat - für den Kauf des Bahnhofgebäudes am Willy-Brandt-Platz plädierte, wurden wir hämisch ausgelacht und zu „Spinnern“ erklärt, woran wir uns fast schon gewöhnt haben. Dank der Initiative des vormaligen Oberbürgermeisters Zimmer, der offenkundig die Auseinandersetzung mit den „tausend Untergesellschaften“ und dem „Chef“ der Deutschen Bahn leid war, konnte dieser Vorschlag tatsächlich umgesetzt werden. Und heute sonnen sich alle im Erfolg des neu gestalteten Bahnhofsvorplatzes und der begonnenen Sanierung des Bahnhofgebäudes. Ein echter niveaugleicher und noch dazu behindertengerechter Fußgängerüberweg, ist dabei auch noch herausgekommen und hat die Verdrängung der Fußgänger in den Untergrund glücklicherweise beendet.

Chapeau, meine Damen und Herren des Rates und der Verwaltung. Die Errichtung einer von der Bevölkerung sehr begrüßten Toilettenanlage im








Bahnhof - direkt nach dem Erwerb des Gebäudes - buchen wir gerne auf das Erfolgskonto des derzeitigen Oberbürgermeisters Frühauf.

Ohne jetzt den Propheten spielen zu wollen: Sie werden - hoffentlich früher als später - auch noch die Errichtung eines niveaugleichen Überweges auf der Naheüberbauung im Zentrum von Oberstein erleben, nämlich dann, wenn auch der letzte „freie Bürger“, der immer und überall für „freie Fahrt für das Auto“ plädiert, merkt, dass man genau mit der Umsetzung dieses Slogans in Deutschland viele Innenstädte auf Dauer zerstört hat. Und Idar-Oberstein ist ein klassisches Beispiel dafür.

Auch die von mir schon vor vielen Jahren und später im Rahmen des Bürger-Planungs-Prozesses „Aktive Stadt“ eingebrachte Idee eines Schrägaufzuges und keiner Seilbahn (!) zum Schloss - ich streite mich dabei nicht mit dem ehemaligen SPD-Stadtrat Brust um die Urheberschaft - könnte, allerdings nur unter maßgeblichem Einsatz privater Investoren, vielleicht einmal Realität und eine touristische Attraktion in unserer Heimatstadt werden.

Aber wie traurig sieht es mit weiteren Vorschlägen der LUB in diesem Rat aus:

-  Neuorganisation der Stadtverwaltung durch Vereinigung von Stadtwerken und Baubetriebshof;
-  Analyse der Arbeitsabläufe in der Stadtverwaltung unter Einbeziehung externer Berater;
-  Einführung eines modernen und effizienten Controlling, das von den Beschäftigten der Verwaltung nicht als Drohung, sondern als Hilfestellung und Bereicherung ihrer bisweilen sehr schwierigen Arbeit verstanden wird;
-  bessere Koordination und Überwachung bei der Beschaffung von Anlagen, Geräten und Fahrzeugen in allen Bereichen der Verwaltung;
-  Kündigung des für die Stadt finanziell nachteiligen Vertrages mit der Parkhausgesellschaft Hufner;



- ☞ strenger Kostenvergleich bei Leistungen der öffentlichen Hand mit Angeboten privater Bieter → Stichwort: Friedhofspflege;
- ☞ Entwicklung eines stadteigenen ÖPNV-Konzeptes;
- ☞ konsequenter und kontinuierlicher Ausbau der Radwege in der Stadt;
- ☞ stärkere Nutzung alternativer Energien und beschleunigte Umsetzung von Klimaschutzkonzepten;

Allenfalls bei letzterem sind zaghafte Ansätze erkennbar, aber dies ist vielleicht auch das Ergebnis unseres ständigen Drängens auf diesem Gebiet. Bei allen anderen Vorschlägen von unserer Seite muss als Ergebnis leider festgehalten werden: Ablehnung oder Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag.

Wenn bisweilen - Vorschläge von uns - tatsächlich einmal umgesetzt wurden, werden diese von anderen als eigene Ideen ausgegeben oder mit der - aber immer nicht-öffentlich getätigten Aussage: „Ihr hattet ja früher schon recht“ quittiert. Wir freuen uns natürlich über ein solches Lob für unsere Arbeit, aber was hilft`s?

Wir als Liste unabhängiger Bürger/innen haben keineswegs den Stein der Weisen gefunden, wir kennen auch nicht immer alle Fakten und Hintergründe. Wir bemühen uns jedoch immer wieder neu, diese zu erfahren und auch kritisch zu hinterfragen. Das ist unsere Rolle als Opposition in diesem Parlament, die auch so von uns erwartet wird. Aber Sie reagieren in ihrer Mehrheit auf unsere Kritik, und leider auch auf unsere Vorschläge, allenfalls stoisch oder abwartend, teilweise jedoch ausfallend, pöbelnd oder einfach nur ignorant. Können Sie sich vorstellen, welche Frage mir von den Bürgerinnen und Bürgern, aber ebenso von mir wohlmeinenden Mitgliedern dieses Gremiums oder der Verwaltung - und die gibt es auch (!) - in meiner nunmehr 35-jährigen Tätigkeit in diesem Rat am meisten gestellt wurde. Dreimal dürfen Sie raten: Wie und wie lange hältst Du das eigentlich in diesem Stadtrat überhaupt noch aus? Überlegen Sie einmal, welches traurige Bild Sie als gefühlte „rot-schwarze Ewigkeits-Koalition“ damit in der Öffentlichkeit abgeben. Geändert hat sich - zumindest seit es die Urwahl des Oberbürgermeisters gibt - lediglich die politische Farbe des



Stadtoberhauptes. Ansonsten bleibt im Rat und an der Spitze der Verwaltung alles beim Alten. Der „rote“ Beigeordnete hat nach der letzten OB-Wahl, als der ebenfalls „rote“ Oberbürgermeister von dem „schwarzen“ Bürgermeister ganz knapp besiegt wurde, Karriere gemacht und ist - nach einer nicht zuletzt von uns geforderten öffentlichen Ausschreibung, die unter dem Strich jedoch nur eine Farce war, (und hier trifft dieser Begriff voll zu) Bürgermeister geworden. Und es wäre kein Wunder, wenn sich die Geschichte von 2014 vielleicht 2022 wiederholen würde. Frei nach der uns an Silvester wieder begegnenden Frage von Miss Sophie: „The same procedure as every year?“ Und der ständigen Antwort ihres Butlers James: „Yes, the same procedure as every year, Miss Sophie.“

Und in diesem Zusammenhang auch von uns noch eine Frage:

Ist Ihnen eigentlich beim hoffentlich intensiven Studium des 519-seitigen Haushaltsplanes bei der Durchsicht des Stellenplanes etwas aufgefallen?

Auf Seite S. 433 - der 1. Seite dieses Planes - ist, ohne, dass der Stadtrat bisher darüber befunden hätte - eine zweimalige Erhöhung des derzeitigen Gehalts unserer Stadtvorstandsmitglieder in diesem Jahr durch die jeweilige Angabe der Gehaltsgruppen des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters sozusagen „eingepreist“.

Die erste Erhöhung erfolgt rein formal aufgrund einer Landesverordnung aus dem Jahr 1978 zum 01. Januar 2017. Grund dafür ist, weil am dafür notwendigen Stichtag, dem 30. Juni 2016 die Bevölkerungszahl der Stadt nach einer seit Jahren kontinuierlichen Abnahme der Einwohner mit 1. Wohnsitz von 33.643 im Jahr 2002 auf 29.804 im Jahr 2015 gesunken ist - und nach allen statistischen Prognosen auch weiter sinken wird - zufälligerweise um exakt 150 Einwohner über der für das Gehalt des Stadtvorstandes maßgeblichen Einwohnerzahl von 30.001 lag. Über die Ursachen für diesen - sicherlich erfreulichen, aber vermutlich einmaligen Einwohnerzuwachs - können Sie sich alle ihre eigenen Gedanken machen. „Honni soit, qui mal y pense. Schlecht ist, wer schlecht darüber denkt.“

Die zweite Erhöhung, - über die der Stadtrat eigentlich entscheiden muss - ist bereits - wie oben dargestellt - im Stellenplan für das Jahr 2017



vorgesehen. Wenn die dort schon eingeplante Erhöhung tatsächlich vollzogen würde, hätten wir folgende Situation:

Die Mitglieder des Stadtvorstandes hätten bereits nach zweijähriger Tätigkeit in ihrem Amt, die für Städte mit der Einwohnerzahl von 30.001 - 40.000 gültigen Besoldungshöchstgrenzen erreicht. Bei einem weiteren Rückgang der Bevölkerungszahl in Idar-Oberstein wäre allerdings eine Absenkung der Gehälter nach der Kommunalbesoldungsverordnung und dem allgemein gültigen Besoldungsrecht für Beamte nicht möglich. Dass vor diesem Hintergrund die „Regierungsfraktionen“ SPD und CDU, wie die Nahe-Zeitung in einer Schlagzeile schrieb, „vom Spardiktat (abrücken),“ erscheint dann manchem vielleicht auch in einem ganz anderen Licht. Wie gesagt: Honni soit qui

Wie soll und kann ein Oberbürgermeister oder Bürgermeister glaubwürdig für unter Umständen auch schmerzhaftes Einsparungen im Haushalt öffentlich eintreten, wenn er - unter Vorbehalt - gleich zweimal im Jahr - unabhängig von Tarifsteigerungen - eine nicht unerhebliche Gehaltserhöhung erfährt?

Wir wollen hier keineswegs auf den designierten US-Präsidenten verweisen, der als mutmaßlicher Milliardär großzügig auf sein Präsidentengehalt verzichten will. Nach unserer Auffassung hätte es jedoch auch im vorliegenden Fall Möglichkeiten gegeben, diese mehr als peinliche Situation zu vermeiden.

Angesichts solcher Fakten muss man sich nicht wundern, wenn die Zahl der sogenannten Wutbürger, die es in allen Schichten unserer Gesellschaft leider in zunehmendem Maße gibt - und was keineswegs als alleiniger Ausdruck von Rechtsradikalität gewertet werden darf - immer mehr ansteigt. Es ist für mich sehr bedrückend zu erleben, dass viele Menschen in ihrer tatsächlichen oder nur scheinbaren Verzweiflung und manche auch in ihrer begründeten Hoffnungslosigkeit, ihre Stimme vielfach nicht offen erheben, sondern den menschenfeindlichen, gesellschaftsverachtenden und demokratiezerstörenden Parolen von Parteien folgen, die sich demokratisch nennen und sich sogar noch selbst als einzige Alternative anpreisen. Die äußerst peinlichen und dem Ansehen unseres Staates abträglichen Auftritte der sogenannten Pegida-Bewegung, zu denen Bundestagspräsident Lammers und andere die richtigen Worte gefunden haben, klammere ich an dieser Stelle



einmal aus. In Wahrheit sind diese selbsternannten „Heilsbringer“ - und das dürfen Sie durchaus auch als Metapher verstehen - dabei, ohne, dass es ihnen selbst in irgendeiner Weise bewusst ist - unsere Demokratie von innen heraus zu zerstören. Und alle Menschen, die diese Kräfte, die sich in krasser Selbstüberschätzung noch als „Bewegung“ bezeichnen, in welcher Form auch immer unterstützen, sollten sich bewusst sein, dass sie dazu einen eigenen Beitrag leisten. Abstrafung mit dem Wahlzettel erscheint vielen legitim und ist menschlich durchaus verständlich, aber eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit durchaus offenem Visier, ist der bessere Weg, um unsere Demokratie zu stärken und damit zu bewahren. Wer am Freitag vergangener Woche die Veranstaltung der AfD in der Göttenbach-Aula - also eine Etage über unserem Sitzungssaal - miterlebte, konnte - wenn es die dort Versammelten überhaupt wollten, erkennen, wie ein rhetorisch äußerst geschickter Redner quasi als „Wolf im Schafspelz“ vorgab, die Demokratie in Deutschland dadurch verteidigen zu wollen, indem er zentrale Prinzipien unseres Grundgesetzes, wie den in Art. 1 GG festgelegten Schutz der Würde des Menschen mit einem Fingerschnipsen vom Tisch wischte und dafür auch noch den meisten Beifall bekam. Als Staatsbürger stelle ich dabei die Frage, ob es, über den von der AfD wohl selbst gestellten Saalschutz hinaus, notwendig war, eine reine Wahlkampfveranstaltung dieser Partei unter Polizeischutz in der Stärke von drei Mannschaftswagen zu stellen. Eine Notwendigkeit dafür gab es aus meiner Sicht nicht, es sei denn, es lagen dafür Gründe vor, die sich meiner Kenntnis entziehen. Grundsätzlich sollte der Polizeieinsatz bei solchen Veranstaltungen - wie übrigens bei Fußball-Spielen der Profi-Ligen ebenso - von den Veranstaltern und nicht von den Steuerzahler/innen getragen werden. Mir ist der Polizist in der Rolle des Freundes und Helfers lieber als in der Funktion des Schutzpatrons für rechte Demagogen.

Aber zurück zum Haushaltsplan 2017 der Stadt Idar-Oberstein. Bereits oben hatte ich Ihnen anhand von zahlreichen Beispielen dargelegt, dass die LUB sich nicht nur als reine Opposition versteht, sondern immer auch konstruktive Vorschläge zur Lösung von Problemen darlegt und begründet. So wollen wir es auch in diesem Jahr halten:

Es gibt zwei Auffassungen in diesem Rat, die vor allem von den Ratsmitgliedern der beiden „Regierungsparteien“ wie eine Monstranz vor sich her getragen werden:



Erstens: Bei Pflichtaufwendungen können wir nicht sparen.
Zweitens: Bei freiwilligen Aufwendungen können bzw. wollen wir nicht sparen.

Als „Totschlagargument“, um auch den letzten Zweifler überzeugen zu wollen, wird dann noch angeführt, dass selbst bei Streichung aller freiwilligen Aufwendungen in Höhe von derzeit geplanten rund 3,8 Mio. EUR mit einem Zuschussbedarf von rund 3 Mio. EUR - und wer will dies überhaupt - ein ausgeglichener Haushalt, wie von der ADD gefordert, überhaupt nicht möglich sei. Allein die neugestalteten Bäder der Stadt sind dort mit einem Defizit von rund 900 T EUR/ Jahr veranschlagt. Die Streichung dieses Titels im Haushalt hieße Schließung, was jedermann zu Recht als „Schildbürgerstreich“ ansehen würde.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma lautet: Wir müssen alle Aufwendungen bzw. Ausgaben der Stadt dahingehend prüfen, inwieweit sie unveränderlich sind, wie z.B. die Tarifgehälter der tatsächlich Beschäftigten in der Verwaltung, oder inwieweit sie tatsächlich veränderbar sind, wie z. B. die Eintrittspreise bei Kulturveranstaltungen oder für die Schwimmbäder. Auch der Umfang der städtischen Straßenreinigung ist veränderbar oder die Pflege der Friedhöfe. Aber selbst bei Pflichtaufwendungen wie es viele Leistungen im Sozialbereich darstellen, sind Spielräume und damit auch Kostensenkungen möglich, wie auch die ADD in Ihren Haushaltsgenehmigungen bestätigt.

Und ein anderes Beispiel: Ist es notwendig, dass wir die kommunale Wirtschaftsförderung - bei derzeitig erheblich sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer – sowie die Tourismusförderung mit einem Zuschussbedarf von rund 550 T EUR weiterhin als freiwillige Aufgabe ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung - Stichwort Tourismusabgabe - im Haushalt führen?

Ist es sinnvoll, bei der Sanierung unserer Straßen und Plätze und der Erneuerung unserer Wasser- und Abwasserleitungen weiterhin über Gebühren und Beiträge oder dies – angesichts des offenkundigen Investitionsstaus in diesem Bereich - nicht besser nach dem Prinzip des wiederkehrenden Beitrages finanzieren? Übergangs- und Ausnahmeregelungen müssten bei der Umstellung des Systems doch machbar sein.



Ist es notwendig, dass wir alle im Zusammenhang mit Gesetzen des Bundes und/oder der Länder vorgegebenen Standards, wie z. B. der exakten Fallzahl pro Verwaltungsmitarbeiter/in bei der vermutlich ab Januar 2017 auf uns zukommenden gesetzlichen Änderung bei den Unterhaltsvorschussleistungen aus dem Hause Schwesig, mit einem zusätzlichen Defizit von rund 300 T EUR, strikt einhalten? Oder wäre es nicht besser, hier bei den Verursachern lauten Protest anzumelden. Und insbesondere unsere gut dotierten Abgeordneten von Bund und Land nicht nur beim Straßenbau zu mobilisieren, sondern Ihnen die für die Kommunen schädlichen Auswirkungen ihrer teilweise weltfremden Gesetzgebung direkt unter die Nase reiben?

Um solche Dinge ausführlich und mit der nötigen Gründlichkeit diskutieren zu können, benötigen wir nicht nur eine Sitzung des Hauptausschusses und eine misslungene sogenannte Haushaltsdebatte, wie in diesem Jahr wieder geschehen. Wir benötigen die Ausdauer von bisweilen 3 oder 4 Stunden Sitzungszeit, die viele von Ihnen nicht mehr aushalten, weil Ihnen vielleicht die vermeintliche oder tatsächliche Reputation eines Ratsmitgliedes in der Öffentlichkeit genügt. Oder Sie die mit dem Amt verbundene Arbeit nicht oder nicht mehr auf sich nehmen wollen oder können.

Herr Korpus, mit Ihrer mehr oder weniger ins Leere gelaufenen sogenannten Initiative haben Sie diesem Parlament und damit der Stadt Idar-Oberstein keinen Gefallen getan.

Für uns als unabhängige, parteilich nicht gebundene Bürgerinnen und Bürger steht eindeutig fest, dass wir dem vorliegenden Entwurf zum Haushalt 2017 aus all den genannten Argumenten und einer Vielzahl unerwähnter Gründe nicht zustimmen wollen und im Interesse der Menschen in der Stadt, die uns bei der Kommunalwahl 2014 ihre Stimme gegeben haben, auch nicht können.

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

meine diesjährige und letzte Haushaltsrede in diesem Gremium möchte ich mit der Abgabe einer persönlichen Erklärung - außerhalb der für meine Haushaltsrede vereinbarten Redezeit - zum Protokoll der heutigen Sitzung beenden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.